

## **7 Fragestunde**

***Beginn Fragestunde: 12.19 Uhr***

Bgm.<sup>in</sup> Kahr:

Wir kommen zur Fragestunde. Es ist 12.19 Uhr. Nachdem die erste Frage an mich gerichtet ist, darf ich den Vorsitz an Frau Vizebürgermeisterin Judith Schwentner übergeben.

***Vorsitzwechsel – Bmg.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner übernimmt den Vorsitz (12.19 Uhr).***

### **7.1 Frage 1: Zukunft der Ordnungswache (KO GR Mag. Pascuttini, FPÖ an Bgm.<sup>in</sup> Kahr, KPÖ)**

KO GR Mag. Pascuttini:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, werte Damen und Herren Gemeinderäte. Ich darf die heutige Fragestunde mit einem wichtigen Thema eröffnen, mit dem Thema Sicherheit. Und wenn man sich das Regierungsprogramm ansieht, dann merkt man, das ist ein bisschen ein Randthema, ausgespart, ganz am Ende des sowieso auch recht dürftigen 17-Seiten-Programmes. Und man findet dort die Wortfolge „Neuausrichtung der Ordnungswache“. Für uns ist jetzt interessant: Was hat es mit dieser Neuausrichtung der Ordnungswache auf sich? Was hat das zu bedeuten? Weil es gibt dazu im Regierungsprogramm keine weiteren Ausführungen. Wenn man sich jetzt den Zustand der Stadt ansieht, insbesondere den Hauptplatz, dann muss man schon sagen, das ist ein Wahnsinn, was dort vorgeht. Das Billa-Eck ufert immer weiter aus, also da gibt es jetzt schon mehr und mehr Verwahrlosung zu sehen. Es gibt dort einen Obdachlosen, der vor dem H&M-Gebäude residiert, das ist auch einer Menschenrechtsstadt unwürdig. Man hat in der Hans-Sachs-Gasse Zustände, wo man sagen muss, auch das

ist nicht in Ordnung, dass dort, ich sage mal, von den herumlungernenden Gesellen dort die Menschen beschimpft und angepöbelt werden, deswegen ist die Ordnungswache aus unserer Sicht ein zentraler Baustein der städtischen Sicherheitspolitik. Frau Bürgermeister, ich stelle an Sie die

**Frage:**

Welche konkreten Maßnahmen sind von Ihnen bei der im Regierungsprogramm verankerten „Neuausrichtung der Ordnungswache“ geplant (Appl.)?

**Originaltext der Frage:**

*Die Ordnungswache stellt in Graz seit vielen Jahren einen zentralen Bestandteil der städtischen Sicherheitspolitik dar. Auf Seite 17 des dunkelrot-grün-roten Regierungsprogramms findet sich im Kapitel „Zusammenhalt und Sicherheit“ der Themenpunkt „Neuausrichtung der Ordnungswache“.*

*Angesichts der Tatsache, dass die Stadt Graz mehr und mehr mit Sicherheitsproblemen und auch mit Verwahrlosungszuständen zu kämpfen hat – Stichwort Bettlerproblematik Hans-Sachs-Gasse und Grazer Hauptplatz (Billa-Eck und H&M-Filiale) – und die Erhaltung und der Ausbau der Ordnungswache für die Sicherheit der Bürger der Stadt Graz von elementarer Bedeutung ist, stellt der FPÖ-Gemeinderatsklub folgende*

**Frage:**

*Welche konkreten Maßnahmen sind von Ihnen bei der im Regierungsprogramm verankerten „Neuausrichtung der Ordnungswache“ geplant?*

Bgm.<sup>in</sup> Kahr:

Danke, sehr geehrter Herr Klubobmann, weil Sie gesagt haben, im Koalitionspapier ist das Thema Sicherheit unterbelichtet, dem ist nicht so. Uns geht es vor allem um soziale Sicherheit für die Menschen in unserer Stadt, und es ist letztendlich noch immer die beste Prävention, wenn es um das Thema Sicherheit geht. Und da können Sie sich durchaus auch mit unseren KollegInnen der Justizwache einmal unterhalten. Aber zu Ihrer Anfrage, wenn Sie die Stadt Graz, wie Sie sagen, hier Sicherheitsprobleme im Zusammenhang mit Verwahrlosungszuständen formulieren, dann liegen diese in erster Linie sicher nicht beim Billa-Eck oder in der Hans-Sachs-Gasse und schon gar nicht vor der H&M-Filiale, wo der betroffene Mann, um den sich sehr, sehr viele auch kümmern und auch sozusagen dort nicht mehr herumlungert, wie Sie das bezeichnen, aber die Wortwahl ist sowieso jedem unbenommen. Wenn Sie so über Leute sprechen, dann ist das Ihre Sache. In Wirklichkeit sind es in erster Linie soziale Probleme und nicht Sicherheitsprobleme, die, wenn überhaupt, schlussendlich nicht den Kolleginnen und Kollegen der Ordnungswache, sondern von den Kolleginnen und Kollegen in den Sozial- und Gesundheitseinrichtungen zu betreuen und zu lösen sind. Sollten strafrechtlich relevante Aspekte und Delikte begangen werden, kümmern sich in bewährter Weise selbstverständlich die Beamtinnen und Beamten der Polizeiinspektion Schmiedgasse darum, und das wird auch in Zukunft so sein. Insofern hat eigentlich Ihr Motivenbericht nur sehr wenig mit Ihrer Frage zu tun. Konkret zu Ihrer Frage: Wenn im Regierungsprogramm von einer Neuausrichtung der Ordnungswache die Rede ist, hat das mit Überlegungen zu tun, wo wir das Wohl und die Arbeitsbedingungen der betroffenen Beschäftigten im Auge haben, und diese zu verbessern, kann, denke ich, nur immer in unser aller Interesse sein, und so ist dieser Punkt auch in unserem Koalitionsabkommen gemeint (*Appl.*).

KO GR Mag. **Pascuttini:**

Vorweg kurz zu Ihren Ausführungen, Frau Bürgermeister. Bei der sozialen Sicherheit da sind wir sicher einer Meinung, nur liegt mir halt nicht nur die soziale Sicherheit am Herzen, sondern auch die körperliche Unversehrtheit, also die körperliche Sicherheit,

und die ist halt auch unserer Ansicht nach dadurch gewährleistet, dass uninformierte Kräfte, sei es die Polizei, sei es aber auch die Ordnungswache in Graz, einfach Präsenz zeigen. Insofern nehmen wir das natürlich wohlwollend zur Kenntnis, dass mit dieser Neuausrichtung der Ordnungswache nur eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Menschen, die bei der Ordnungswache tätig sind, eben gemeint ist. Das hätte man auch so reinschreiben können, dann hätte man sich diese Frage gespart und mehr Bäume wären für das Regierungsprogramm dann auch nicht gestorben, wenn man das noch zusätzlich erwähnt hätte. Meine Zusatzfrage betrifft auch den Bericht zur Ordnungswache. Seit vielen Jahren gibt es eben das Heimwegtelefon, betrieben auch durch die Ordnungswache, was auch ein elementarer Sicherheitsaspekt und Sicherheitsbestandteil in Graz eben ist. Unsere Frage bezieht sich darauf, wird das Heimwegtelefon im Zuge dieser Neuausrichtung der Ordnungswache ausgebaut (Appl.)?

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Sehr geehrter Herr Klubobmann, das muss ich auch mit Kollegen Stadtrat Eber, der ja direkt für die Ordnungswache zuständig ist und auch mit der Koalition, wir können das auch gerne einmal im Stadtsenat besprechen, überlegen. Das ist eine Frage, die wir uns konkret noch nicht gestellt haben.

**Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (12.24 Uhr).**

**7.2 Frage 2: Bekämpfung des gewerblichen Leerstandes durch Attraktivierung des Straßenbildes der Annenstraße – 1. Maßnahme: Begrünung der Zonen mit breiten Gehsteigen  
(GR<sup>in</sup> Reininghaus, Neos an Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner, Grüne)**

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Sehr geehrter Stadtsenat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat und liebe Zuschauer zuhause im Livestream. Ich habe am vergangenen Sonntag wieder eine Runde gemacht in der Annenstraße und habe ein Fotoprotokoll angelegt über die derzeit 20 bestehenden Leerstände, gewerblichen Leerstände wohlgemerkt, also zwischen dem Schuhhaus Baumgartner und dem Hauptbahnhof stehen derzeit 20 Geschäfte leer. Wer die Annenstraße kennt, weiß, dass die Strecke zwischen Schuhhaus Baumgartner und dem Hauptbahnhof nicht wirklich eine sehr lange weite Strecke ist. Aber nicht nur in der Annenstraße gibt es Leerstände, sondern die sind dort nur besonders augenscheinlich, die leeren Geschäfte finden sich mittlerweile überall in Graz, die Geschäfte schließen vermehrt ihre Pforten, schicken ihre Mitarbeiter schon wieder auf Kurzarbeit oder verkürzen ihre Öffnungszeiten auf ein paar Stunden am Nachmittag. Und wenn ich spreche mit der Chefin der Boutique oder mit der diplomierten Kosmetikerin als Dienstleisterin oder dem Friseur, natürlich nicht zu vergessen, dann höre ich unisono: Es geht nichts, das Geschäft läuft nicht, die Kunden bleiben aus. Natürlich kann man sagen, das wäre alles Folge der fast zweijährigen Pandemie und des aktuellen Lockdowns für Ungeimpfte. Wenn die Ungeimpften nicht mehr einkaufen dürfen und zum Friseur dürfen, dann fällt hier gleich einmal eine Menge an Kunden weg. Aber wenn wir ehrlich sind, dann müssen wir uns auch eingestehen, dass schon lange vor Corona der Grazer Einzelhandel sich über sinkende Kundenfrequenzen und Umsätze beschwert hat. Das ist Fakt. Das dokumentiert auch die Online-Handelsstudie des Handelsverbandes Wien in einem Zehnjahresvergleich, demnach legte der Versandhandel auf über 8 Mio. Euro zu, seit 2019 zahlt man doppelt so oft mit dem Handy als vorher und 54 % der Umsätze wandern gleich ins Ausland und nicht in die Kassen der regionalen Handelsbetriebe. Umsatzverluste durch Online-Handel und Einkaufszentren bereiten also unseren Stadtgeschäften schon

länger Sorgen. Die haben Sorgen um ihre Wettbewerbsfähigkeit und um ihre Existenz. Wir alle wollen doch ein Geschäftsterben in Graz vermeiden. Wir allen wollen doch, dass die Grazer Wirtschaft floriert und die Leute ihre Arbeit erhalten oder behalten. Wir müssen uns fragen, was die Stadt Graz tun muss, damit die Menschen wieder lieber in die Stadt kommen. Ich bin davon überzeugt, dass sich Einkaufsstraßen generell durch eine geeignete Begrünung herausputzen ließen. Ein hübsches Straßenbild auszuweisen, da gelänge es sogar der Annenstraße wieder, auf den Plan zu kommen. Man braucht sie nur zu begrünen, nämlich dort, wo die Gehsteige breit genug sind ...

*Zwischenruf Bgm.<sup>in</sup> Kahr: Bitte auf die Zeit achten.*

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Ok, ich beeile mich. Man setzt ein paar schattige Sitzgelegenheiten, vielleicht mit WLAN-Anschluss ein und einen Trinkbrunnen vielleicht. Das wären alles Zutaten, um die Aufenthaltsqualität in der Stadt zu erhöhen. Um der Annenstraße wiederum zu helfen, stelle ich gemäß § 16 a der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgende

**Frage:**

Werden Sie sich als für das Straßenamt und die Abteilung für Grünraum und Gewässer zuständige Stadträtin aufgrund der Häufung leerstehender Gewerbeflächen in der Annenstraße für deren Begrünung vor allem in Zonen mit breiten Gehsteigen einsetzen, indem Sie vorerst die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz veranlassen, die Prüfung laut Motiventext vorzunehmen und die Annenstraße bei den städtischen Begrünungsvorhaben vorrangig zu behandeln, sodass eine Umsetzung bereits 2022 erfolgen kann?

**Originaltext der Frage:**

*Mit 10.1.2022 stehen in der Annenstraße, zwischen dem Schuhhaus „Baumgartner“ und dem Hauptbahnhof, insgesamt 20 Geschäfte leer. Spiegelt dieser Umstand das bereits seit mehreren Jahren anhaltende Schwächeln der Wirtschaft oder vielleicht das mangelnde Interesse der alten Koalition wider? Fehlt den HauseigentümerInnen der Anreiz zur Vermietung oder dienen die verwaisten Objekte bloß der Immobilienspekulation?*

*Vermutlich liegt die Ursache in einem Mix aus all dem und aus noch vielen weiteren Gründen mehr. Was wir sicher wissen ist, dass die innerstädtischen Wirtschaftsbetriebe, vor allem der Einzelhandel, schon seit geraumer Zeit über rückgängige Umsatzzahlen klagt. Während nämlich die Kundenfrequenz in Stadtgeschäften sinkt, steigt der Anteil des Onlinehandels stetig. Das dokumentiert auch die Onlinehandelsstudie des Handelsverbandes Wien in einem 10-Jahresvergleich: Durch Corona befeuert legte der Versandhandel auf über 8 Mrd. Euro zu. Seit 2019 zahlen die ÖsterreicherInnen doppelt so oft mit dem Handy und 54 % der Umsätze wandern ins Ausland anstatt in die Kassen der regionalen Handelsbetriebe.<sup>1</sup>*

*Ist es daher überhaupt noch lukrativ, ein Geschäft in der Stadt zu haben? Die Mietpreise sind hoch und nehmen keinerlei Rücksicht auf das veränderte Kaufverhalten der Gesellschaft. Denn wer online kauft, erspart sich auch noch die Parkplatzsuche.*

*Wir sollten die Wettbewerbsfähigkeit des Grazer Einzelhandels genau beobachten, wollen wir ein städtisches Geschäftsterben größeren Maßes vermeiden. Wenn also dem Einzelhandel die Kundschaft aus der Stadt davonläuft (Onlinekauf, Kauf im*

---

<sup>1</sup> 11. Ausgabe der bundesweiten "eCommerce Studie Österreich" des Handelsverbandes und der Plattform "Versandhandel, eCommerce & Marktplätze" OTS0117 5 WI 0670 HVB0001 II Di, 08.Sep 2020  
Handel/Unternehmen/EU/Online/Studie

*Einkaufszentrum), so sollte die Stadt dringend an der Attraktivierung ihrer Einkaufsstraßen arbeiten, um dem Trend etwas entgegenstellen zu können.*

*Die Annenstraße mit ihren aktuell 20 leerstehenden Geschäften bietet derzeit weder ein attraktives Gesicht noch qualitätsvolle Aufenthaltsmöglichkeiten. Vielleicht ist auch das ein Grund für die vielen freistehenden Lokale.*

*Um die Frequenzen in der Annenstraße zu erhöhen, bedarf es einfach eines schöneren Straßenbildes durch die Begrünung der Zonen mit breiten Gehsteigen mittels für den Standort geeigneter Bepflanzung (Pflanzen/Sträucher/Bäume), allenfalls unter Anwendung des „Stockholmer Modells“. Grüne Pflanzen, schattige Sitzgelegenheiten mit WLAN-Anschluss sowie ein Trinkbrunnen sind die Zutaten für eine echte „Aufenthaltsqualität“ im Freien.*

*Ich bin davon überzeugt, dass durch ein hübsch begrüntes Straßenbild dem Geschäftsterben in der Annenstraße Einhalt geboten und ein positiver Trend angestoßen werden kann.*

*Nachdem die Stadtkoalition laut Arbeitsprogramm in Graz ohnehin „täglich einen Baum zu pflanzen“ gedenkt, bin ich auch davon überzeugt, dass man für den Wirtschaftsstandort und Lebensraum Annenstraße einige Bäume reserviert hat.*

*Daher stelle ich gemäß § 16 a der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgende*

**Frage:**

*Werden Sie sich als für das Straßenamt und die Abteilung für Grünraum und Gewässer zuständige Stadträtin aufgrund der Häufung leerstehender Gewerbeflächen in der Annenstraße für deren Begrünung vor allem in Zonen mit breiten Gehsteigen einsetzen, indem Sie vorerst die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz veranlassen, die Prüfung*



*laut Motiventext vorzunehmen und die Annenstraße bei den städtischen Begrünungsvorhaben vorrangig zu behandeln, sodass eine Umsetzung bereits 2022 erfolgen kann?*

Bgm.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Schwentner:**

Danke, Frau Gemeinderätin Sabine Reininghaus, danke auch für die Aufstellung bzw. noch einmal der Illustrierung der Situation in der Annenstraße, die meisten von uns kennen sie. Ich fahre sehr oft durch, mir ist das sehr bewusst. Mir gefällt auch das Zukunftsszenario auf dem mitgelieferten Bild, nämlich ein Rasenstreifen direkt quer durch die ganze Annenstraße. Es ist ja nicht so, dass nichts passiert wäre in den letzten Jahren in der Annenstraße. Es gab Verkehrsberuhigung, es gab punktuelle Aufwertung, es ist aber noch viel an Potential zu heben, da gebe ich dir absolut Recht. Es gab Beruhigung, aber die ganz große Veränderung auch in unserem Sinne oder in meinem Sinne ist leider nicht so ganz passiert, das hat viele Gründe. Zum einen auch sozusagen die Unmöglichkeit, dort Bäume zu setzen in diesen Boden. Wir sind aber ständig bemüht um die Aufenthaltsqualität in der Annenstraße zu erhöhen, weil zweifelsohne geht quasi nicht nur das Leben allgemein dort im öffentlichen Raum, aber auch die Inanspruchnahme von Geschäften, von Gewerbetreibenden, und das Geschäft insgesamt da mit einher. Eine Sache, wir sind auch im Austausch mit dem Jour Fixe, der im Motiventext erwähnt ist, das Netzwerk Annenstraße. Es gibt da auch eine Einladung an mich, die ich gerne annehme und ich gerne einmal hinkomme und das Gespräch gemeinsam führe. Die Sache, dass wir ja die Innenstadtentflechtung planen, und mit der Innenstadtentflechtung sehr viele Veränderungen im Straßenraum und im öffentlichen Raum Richtung Annenstraße möglich sein werden. Und ich würde da jetzt nicht große Schritte vorwegnehmen wollen, bevor wir nicht dieses große Projekt angehen, weil dann sind wir in der Situation, die es oft in der Vergangenheit gab, dass etwas wieder zugestrichelt wird und dann wird es wieder aufgerissen usw. Das versuchen wir jetzt in Zukunft zu vermeiden und Dinge sozusagen einhergehend zu gestalten. Was ich mir aber vorstellen kann, sind kleinräumige Änderungen vor Ort,

wie auch jetzt erwähnt von dir, und die werde ich auch mit den zuständigen Beamten und Beamtinnen gerne besprechen (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Reininghaus:**

Ich freue mich wirklich, Judith, wenn du kommst in das Annenstraßen-Jour-Fixe, das ja im Bauamt stattfindet unter Beteiligung des Grazer Citymanagements. Und ich glaube, da wird sich jetzt in Zukunft etwas bewegen in der Annenstraße. Dankeschön.

**7.3 Frage 3: Klimaticket Steiermark – Ungleichbehandlung von Menschen mit Behinderung mit einem Behinderungsgrad ab 70 %  
(GR<sup>in</sup> Leban-Ibrakovic, MBA, ÖVP an StR Eber, KPÖ)**

**GR<sup>in</sup> Leban-Ibrakovic:**

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Mitglieder des Stadtsenates, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat. Ich freue mich sehr, heute die erste Frage hier im Gemeinderat stellen zu dürfen und vor allem jener Menschengruppe eine Stimme zu geben, die ich schon sehr lange sportlich und tänzerisch begleiten darf, um die, die sich in diesem Thema eben nicht gehört und diskriminiert fühlen. Es sind jene Menschen, die mit großen Schwierigkeiten im Alltag zu kämpfen haben und die wirklich jegliche Unterstützung verdient haben. Seit Ende letzten Jahres gibt es das Klimaticket Österreich, das eben eine klimaschonende Alternative zum motorisierten Individualverkehr herstellen bzw. attraktivieren soll. Und Menschen mit Behinderung ab einem Behinderungsgrad von 70 % bekommen eben ein vergünstigtes Ticket sowohl für die Österreich-Variante, aber auch für das Klimaticket Steiermark, das eben seit Jänner gültig ist. Die Stadt Graz fördert dieses Ticket beim Kauf des Klimatickets Steiermark für Bürger und Bürgerinnen der Stadt Graz noch einmal zusätzlich mit 108 Euro, aber leider kommt eben dieser Förderung nicht allen Bürgern und Bürgerinnen zugute, denn die vergünstigten Tickets sind von dieser Förderung

ausgenommen worden. Das Kriterium für die Förderung wird angegeben mit dem Hauptwohnsitz in Graz, und kein Kriterium sozusagen ist die Behinderung oder z.B. ein Einkommen. Ich möchte auch an dieser Stelle an den Gleichbehandlungsgrundsatz erinnern. Es haben sich bereits Betroffene gemeldet und dadurch, dass diese Sache nicht noch einmal begutachtet und diskutiert wurde, stelle ich hiermit, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat heute die

**Frage:**

Wie rechtfertigen Sie Ihre empfundene diskriminierende Haltung gegenüber Menschen mit einer Behinderung ab 70 %, wonach diese – obwohl in Graz hauptwohnsitzgemeldet – keine Förderung für das Klimaticket Steiermark durch die Stadt Graz erhalten, mit der Begründung da sie ohnehin schon weniger dafür zahlen (Appl.)?

**Originaltext der Frage:**

*Seit Jahresbeginn gibt es das Klimaticket Österreich. Dieses Ticket soll dabei helfen, den öffentlichen Verkehr zu attraktiveren – als klimaschonende Alternative zum motorisierten Verkehr. Menschen mit Behinderung (ab einem Behinderungsgrad von 70 %) bekommen ein vergünstigtes Ticket.*

*Auch in den einzelnen Bundesländern gibt es ein Klimaticket, um im jeweiligen Bundesland vergünstigt mit den Öffis zu fahren. Sprich, es gibt ein Klimaticket Steiermark.*

*Auch hier gibt es, heruntergebrochen, ein vergünstigtes Ticket für Menschen mit einer Behinderung ab 70 % (analog dem Österreich-Ticket).*

*Die Stadt Graz fördert das Klimaticket Steiermark für „Grazer Bürgerinnen und Bürger“. So kostet das Klimaticket Steiermark für Grazer Bürger nicht 558 Euro, sondern 480 Euro – infolge der Bezuschussung iHv. 108,00 Euro.*

*Für Menschen mit einer Behinderung ab 70 % kostet dieses Ticket – ohne Bezuschussung – 441 Euro. Jetzt könnte man auf den ersten Blick meinen, dass Menschen mit einer Behinderung ab 70 % ohnedies schon weniger zahlen. Das Kriterium für die Förderung durch die Stadt Graz ist der Wohnsitz und nicht der Grad der Behinderung – dieser ist das Kriterium für den Basispreis.*

*Menschen mit einer Behinderung über 70 %, z.B. Blinde oder Gehörlose, haben sehr oft keine Alternative zu den öffentlichen Verkehrsmitteln. Sie haben keinen Plan „B“ und sind auf die Öffis angewiesen. Diese Personengruppe wird durch die gewählte Vorgangsweise von vornherein bei der Bezuschussung der Stadt ignoriert und damit gegenüber nicht bzw. weniger stark beeinträchtigten Personen ungleich behandelt bzw. eklatant diskriminiert.*

*Aus den dargestellten Gründen stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Finanzstadtrat, die*

**Frage:**

*Wie rechtfertigen Sie Ihre diskriminierende Haltung gegenüber Menschen mit einer Behinderung ab 70 %, wonach diese – obwohl in Graz hauptwohnsitzgemeldet – keine Förderung für das Klimaticket Steiermark durch die Stadt Graz erhalten, da sie ohnedies schon weniger dafür zahlen?*

**StR Eber:**

Vielen Dank, für die Frage, Frau Gemeinderätin, die ich gerne wie folgt beantworte oder versuche zu beantworten: Die Bundesregierung hat eine bundesweite

Jahresnetzkarte eingeführt und die Stadt Graz hat mit Dringlichkeitsverfügung des Stadtsenates diese Umsetzung auch mitgetragen. Am 1. Dezember startete nun der Vorverkauf, das heißt um 588 Euro zunächst einmal gibt es dieses Klimaticket Steiermark, damit können Fahrgäste grundsätzlich um 49 Euro monatlich alle Verkehrsmittel in der gesamten Steiermark benutzen. In Anlehnung an das bestehende Modell der Tarifstützung der Grazerinnen und Grazer, die bekommen ja einen Zuschuss von derzeit 175 Euro auf die Jahreskarte, wurde eine Förderung zum Erwerb des Klimatickets Steiermark auch beschlossen, gültig für das gesamte steirische Verbundgebiet. Zweck ist natürlich, dass man damit neue Fahrgäste gewinnen möchte und auch damit positiv auf die Umweltsituation und insbesondere auch auf die Feinstaubproblematik hin Graz versucht einzuwirken. Beschlossen wurde nun eine Förderung mit einem Fixbetrag von 108 Euro für das Klimaticket Steiermark Classic, wie das so heißt. Diese Förderung wurde beschlossen mittels einer Dringlichkeitsverfügung des früheren Herrn Bürgermeisters Nagl, der das natürlich in Absprache auch bereits mit der damaligen Verkehrsstadträtin und heutigen Bürgermeisterin gemacht hat. Also das heißt, das war damals auch ein Übereinkommen mit der ÖVP, um diese Förderung durchzusetzen. Ich möchte hier vielleicht auch noch eine Zahl, oder ein paar Zahlen, gleich nennen: Im Dezember wurden insgesamt bereits 2.812 Tickets verkauft, also Klimaticket Steiermark, davon waren 52 Spezialtickets, also das heißt, für Menschen mit Behinderung, wie Sie gesagt haben, ab 70 %, bzw. auch 424 Tickets für Jugendliche bzw. Senioren. Grundsätzlich bin ich der Meinung, oder sind wir auch der Meinung, dass es bei einer weiteren Förderung über die 25 % hinaus, die also diese Personengruppen, also Menschen mit Behinderung, Jugendliche bis 26 Jahre und Senioren, bekommen, dass es sich um eine Doppelförderung handeln würde, und selbstverständlich würden ja auch die anderen Gruppen, also Senioren und Jugendliche, dann natürlich auch Anspruch auf eine zusätzliche Förderung erheben. Jedenfalls werden wir in Absprache und in Übereinkunft sozusagen mit der Finanzdirektion und mit der Holding Graz diese Entwicklung uns sehr genau anschauen und entsprechend eventuell auch darauf reagieren (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Leban-Ibrakovic:**

Dankeschön, für die Antwort. Das freut mich natürlich, dass eine Perspektive gegeben ist. Ich möchte vielleicht noch zwei Punkte herausheben. Der eine Punkt ist der, dass Menschen mit Behinderung, Sie haben es schon gesagt, auf den öffentlichen Verkehr wirklich angewiesen sind, sie haben meistens keine Alternative dazu. Aber es kommt, dass viele Menschen mit Behinderung ein anderes Zonen-Ticket haben und sie würden jetzt, wenn der Preissprung nicht so groß wäre, wie es jetzt im Moment ist, durchaus auf das Klimaticket Steiermark umsteigen, das heißt, sie würden dann den öffentlichen Verkehr in einem größeren Raum nutzen und auch individuelle Taxifahrten würden dadurch weniger werden. Und es gibt auch andere Gemeinden in der Steiermark, wie z.B. die Gemeinde Leoben, die eben Extraförderungen hat sowohl für das Ticket Classic als auch für das Ticket Special für Jugendliche, Senioren und eben Menschen mit Behinderung. Und meine Zusatzfrage ist eben dahingehend: Wären Sie bereit, diese Sache noch einmal zu überdenken bzw. eine Extraförderung noch für diese Spezialtickets zu überlegen? Weil es wirklich sehr, sehr wichtig ist. Vor allem auch, Menschen mit Behinderung haben ja meist ein minderes Einkommen, das heißt, sie sind wirklich auf jeden Cent angewiesen. Sie haben mir unzählige Rechenbeispiele geschickt, dass es für sie attraktiv wäre, noch weiter umzusteigen, aber, dass der Sprung einfach in vielen Bereichen zu groß ist. Und wären Sie dazu bereit?

**StR Eber:**

Danke, auch für diese Zusatzfrage. Ich möchte an der Stelle vielleicht aber auch darauf hinweisen, dass es natürlich überhaupt im gesamten Tarifsystem noch einige offene Punkte gibt, die wir in näherer Zukunft auch angehen wollen. Also beispielsweise ein Dauerbrenner, dass Senioren und Seniorinnen eine ÖBB-Vorteilskarte benötigen, um entsprechende Ermäßigungen auch in Graz zu bekommen. Grundsätzlich ist, glaube ich, und da glaube ich mich auch im Einvernehmen mit SPÖ und Grünen zu wissen, dass wir natürlich die Förderung des öffentlichen Verkehrs und auch der Tarife in diesem Bereich, dass das für uns ein sehr wichtiges Anliegen ist, und von daher werden

wir natürlich auch diese Überlegung, also eine mögliche weitere Förderung der betroffenen Personengruppe, also der Menschen mit Behinderung, uns auch noch genauer anschauen (*Appl.*).

**7.4 Frage 4: Schließung von integrativer Kindergartengruppe  
(GR<sup>in</sup> Wutte, MA, Grüne an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

GR<sup>in</sup> **Wutte:**

Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Kurt. Wir haben ja in der letzten Gemeinderatssitzung bereits sehr ausführlich im Rahmen eines dringlichen Antrages über die Situation in den Kindergärten gesprochen, dass es einfach für viele wirklich eine untragbare Situation mittlerweile ist, was die Gruppengröße betrifft, was die Rahmenbedingungen in der Arbeit betrifft und von dem her ist es auch wenig überraschend, dass einfach sehr viele Menschen, die in dem Beruf tätig sind, nach einigen Jahren aufhören, weil sie einfach nicht mehr unter den Bedingungen arbeiten wollen. Was in dem Zusammenhang aber noch nicht so stark bekannt ist, ist, dass wir eine noch einmal verschärfte Situation haben im Hinblick auf inklusive Kindergartengruppen, also wo es KindergartenpädagogInnen mit einer Zusatzausbildung im inklusiven Bereich braucht. Die Lage in Graz ist mittlerweile so prekär, dass jetzt im Winter eine inklusive Kindergartengruppe die Nachmittagsbetreuung eigentlich einfach unter dem Jahr mit sehr kurzfristiger Ankündigung schließen musste, weil eben eine Pädagogin in Karenz gegangen ist und die Stelle nicht nachbesetzt werden konnte. Das bedeutet, Eltern, die sich einen Ganztagesplatz für ihre Kinder angemeldet hatten, damit gerechnet haben, natürlich auch beruflich das so planen müssen mit ihren Arbeitszeiten, verlieren unterm Jahr diese ganz, ganz wichtige Unterstützung, und das ist natürlich eine unhaltbare Situation. Jetzt möchte ich auf jeden Fall dankbar anmerken, dass es einen sehr guten Kontakt mit deinem Büro gab, mit dem Kindergarten, auch mit dem ABI, dass wirklich

ganz, ganz viele sich wirklich bemüht haben, gute Lösungen zu finden. Eine Familie war insbesondere betroffen, da wurde jetzt auch eine Sonderlösung gefunden, die für die Familie einigermaßen passt. Ich möchte aber die Fragestunde dafür nutzen, um einfach auf diese Situation aufmerksam zu machen, die im Grunde unhaltbar ist, weil es kann nicht sein, dass Menschen, die ihre Kinder, noch dazu Kinder mit Beeinträchtigung, was gerade in Zeiten von Covid noch einmal eine große Belastung für die Familien insgesamt ist, dass diese Menschen am Anfang vom Jahr einen Betreuungsplatz zugesagt bekommen und die Betreuung dann einfach nicht mehr gewährleistet werden kann. Ich weiß, da sind auch viele Stelle involviert, es ist auch ganz viel Landesagenda, aber ich nutze die Fragestunde, um dich noch einmal zu fragen: Welche Schritte wirst du setzen, um eine adäquate Betreuung für Kinder mit Beeinträchtigung in den Grazer Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen sicherzustellen? Danke (Appl.).

**Originaltext der Frage:**

*Bereits in der letzten Gemeinderatssitzung haben wir ausführlich über die für viele PädagogInnen und KinderbetreuerInnen belastenden Arbeitsbedingungen in den Kindergärten diskutiert. Da viele PädagogInnen nach wenigen Jahren den Beruf verlassen oder gar nicht erst die Arbeit als ElementarpädagogInnen aufnehmen, herrscht zunehmend Personalmangel. Wenig öffentlich diskutiert wird in dem Zusammenhang bisher aber die Betreuungssituation von Kindern mit Beeinträchtigung, die dir ja auch aufgrund deines beruflichen Hintergrunds ein besonderes Anliegen ist. Unlängst musste die Nachmittagsbetreuung einer integrativen Ganztageskindergartengruppe in Graz geschlossen werden, weil die Stelle der inklusiven Elementarpädagogin, die in Karenz ging, schlichtweg nicht nachbesetzt werden konnte. Eltern, die ihr Kind für einen Ganztagesplatz angemeldet hatten, verloren im laufenden Betreuungsjahr völlig unerwartet eine wichtige Unterstützung. Aufgrund der intensiven Zusammenarbeit deines Büros, des ABI, des Kindergartens und*



*vieler anderer konnte insbesondere für eine betroffene Familie nun eine einigermaßen zufriedenstellende Lösung gefunden werden.*

*Mir ist bewusst, dass die Rahmenbedingungen in den Kindergärten maßgeblich von der Landesebene bestimmt werden. Nichtsdestotrotz zeigt dieses konkrete Beispiel, welcher dringender Handlungsbedarf insbesondere im Bereich der inklusiven Elementarpädagogik herrscht.*

*Deswegen richte ich folgende*

**Frage**

*an dich:*

*Welche Schritte wirst du setzen, um eine adäquate Betreuung von Kindern mit Beeinträchtigung in den Grazer Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen sicherzustellen?*

**StR Hohensinner:**

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Manuela, vorne weg danke für deine Frage, sie ermöglicht wieder, dass wir den Scheinwerfer vor eine große Herausforderung in der Stadt Graz lenken, nämlich auf den Personalmangel in unserem KiBet-Bereich. Danke auch für deine Anmerkung, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilungen, aber auch meines Büros, hier verantwortungsvoll mit dieser Situation umgehen. Nun zu deiner Frage, welche Schritte setze ich bzw. habe ich gesetzt. Es gab und gibt laufend Treffen mit den vielen Trägern, die in Graz tätig sind, mit dem Land Steiermark, mit der Personalvertretung und da haben wir in mehreren Terminen erörtert, wie wir ein Paket schnüren können in der Stadt Graz, um dem Personalmangel entgegenzutreten. Weil es ist schon so, wir haben unsere

Hausaufgaben in Graz besonders gut erfüllt, wir haben großartige Versorgungsgrade, Gott sei Dank, weil wir in den letzten Jahren hier sehr offensiv waren. Wir haben im Kindergarten 96 % der Versorgung, die wir sicherstellen können, im Kinderkrippenbereich in etwa 35 %, also da sind wir wirklich im steiermarkweiten Spitzenfeld, aber weil wir jedes Jahr so viele Gruppen aufgemacht haben, gehen uns jetzt auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus bzw. da haben wir zu wenig, da müssen wir wirklich massiv entgegenwirken und im März-Gemeinderat habe ich vor, hier ein Maßnahmenpaket einzubringen. Zur Thematik der Situation im Sonderkindergartenbereich, da haben wir im Jänner eine Besprechung gehabt mit der A5, Bereich Behindertenhilfe, mit der Bildungsabteilung, der Heilpädagogische Kindergarten war dabei und auch der Bereich IZB, auch die Sonja Punkenhofer, die Leiterin dieses Geschäftszweiges war mit dabei und wir haben drei Punkte hier fixiert: Erstens, dass wir an die BH herantreten, dass wir genau für diesen Bereich mehr Ausbildungsplätze brauchen und nicht irgendwann einmal, sondern da müssen wir eigentlich schon vorgestern starten oder hätten starten müssen. Der zweite Punkt ist, dass wir noch besser abstimmen, was die Platzzurverfügungstellung betrifft, dass wir nicht unterm Jahr dann solche Situationen haben. Und der dritte Punkt ist, dass wir auch Kriterien einer Reihung machen, dass in Zukunft wirklich Kinder, die eine Unterstützung dieser Art wirklich am meisten brauchen, diese Plätze auch dann bekommen. Natürlich wäre es gut, wenn wir für alle Kinder diese Plätze anbieten können oder wir müssen dann auch, und das hast du angesprochen, einige wenige mit dem Familienentlastungsdienst unterstützen und begleiten, aber das haben wir in deinen angesprochenen Fällen auch gemacht. Und was mir wichtig ist, dass wir jetzt nicht nur schauen, wo wir jetzt in der Situation helfen können, sondern wir wollen im sonderpädagogischen Bereich alle Abläufe abklopfen, wie wir wirklich sicherstellen können, dass wir zukünftig die Inklusion im Kindergartenbereich umsetzen können. Also das ist mir ein großes Anliegen, aber da braucht es auch wirklich die Unterstützung aller, also da müssen wir auch schauen. Ich werde euch, alle Fraktionen hier, am Laufenden halten, aber es braucht auch, und das hast du angesprochen, die Unterstützung des Landes (*Appl.*).

**GR<sup>in</sup> Wutte:**

Erstmal vielen Dank für die ausführliche Antwort. Und ich bin sehr erleichtert zu hören, dass du da schon sehr aktiv warst und das einfach auch sehr ernst nimmst, die Situation, weil die ist wirklich ernst. Ich finde, man kann nicht zur Tagesordnung übergehen, wenn wir schon so weit sind, dass wir unterm Jahr einfach ein Betreuungsangebot quasi aus dem Nichts heraus schließen müssen und die Eltern dann einfach nicht mehr wissen, wie sie ihre Kinder betreuen können, also das ist wirklich eine unhaltbare Situation und ich bin sehr froh, dass du das gleich siehst wie ich. Zum Thema Familienentlastungsdienst, da kann man manchmal helfen, ist aber eben eine Betreuung zuhause, wo es auch einen Selbstbehalt gibt und das passt dann halt auch nicht für alle Familien, gerade in Zeiten, wo viele Eltern Corona-bedingt im Home-Office arbeiten müssen. Meine Zusatzfrage ist, ob das von dir auch in Erwägung gezogen wird, es gibt ja vom Land sozusagen als Übergangslösung, bis es mehr SonderkindergartenpädagogInnen gibt, auch das Angebot, dass sozusagen auch normalausgebildete KindergartenpädagogInnen ersatzweise das übernehmen könnten. Also wenn es gar nicht anders geht, wird das auch sozusagen angedacht, also bevor die Betreuung ganz wegfällt, das so macht?

**StR Hohensinner:**

Genau, das ist die Möglichkeit der Dispens, da ist es auch so, dass z.B. KindergartenpädagogInnen eine Zusatzausbildung machen, eine kurze, bzw. dass SonderpädagogInnen eine, ich glaube, 60- oder 90-stündige Schnellausbildung machen, damit sie in dieser Übergangszeit unterstützen können. Aber das ist immer ein etwas zweischneidiges Schwert, weil es gibt ja auch die Initiative „Unsere Kinder brauchen Profis“, die haben jetzt auch bei mir im Büro einen Termin, die werde ich auch ganz genau anhören, also mir ist es wichtig, dass die Qualität auch sichergestellt wird, aber wir werden nicht darüber hinwegkommen, von dieser Dispensmöglichkeit hier oder dort Gebrauch zu machen, aber natürlich wäre es mir am liebsten, wenn wir

vollwertige PädagogInnen und BetreuerInnen in Zukunft für unsere Kinder haben  
(Appl.).

**Vorsitzwechsel – Bmg.<sup>in</sup>-Stv.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Schwentner übernimmt den Vorsitz (12.50 Uhr).**

**7.5 Frage 5: Städtepartnerschaft mit der bosnischen „Flüchtlingsstadt“ Bihać  
(GR Mag. Winter, FPÖ an Bgm.<sup>in</sup> Kahr, KPÖ)**

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Frau Bürgermeister. Anfrage betreffend die Städtepartnerschaft mit Bosniens Flüchtlingsstadt Bihać. Dass diese neue links-linke Stadtkoalition eine klare Pro-Asyl-, Pro-Einwanderungs- und natürlich eine Pro-Flüchtlings-Politik betreiben wird, das war zu erwarten. Dass das Interesse der Flüchtlinge bei Ihnen aber derart im politischen Fokus steht, das übertrifft die schlimmsten Befürchtungen. In der letzten Gemeinderatssitzung hat diese linke Stadtkoalition uns zur Stadt an der Seite der Flüchtlinge erklärt und nunmehr soll eine sogenannte humanitäre Städtepartnerschaft mit der bosnischen Stadt Bihać eingegangen werden. Das alles unter der Schirmherrschaft der NGO „SOS Balkanroute“. Formelles Ziel ist es wieder einmal, humanitäre Katastrophe im angeblichen Flüchtlingslager bei Bihać abzuwenden. Der Kollege Alic von der KPÖ hat sich auch vor Ort ein Bild gemacht, war zu einem Lokalaugenschein laut Medienberichten dort, und er hat eine sehr schemenhafte, aber doch aussagekräftige Aussage getätigt. Und zwar soll scheinbar der österreichische Steuerzahler wieder einmal in die Pflicht genommen werden, Zitat KPÖ-Gemeinderat Alic: „Wir“, wer auch immer das sein soll, „wir wollen darauf aufbauend auch als Stadt Graz unseren Beitrag leisten“. Bei dieser Formulierung schrillen bei uns die Alarmglocken, daher die ganz klare

**Frage**

an die Frau Bürgermeisterin:

Zu welchen konkreten Leistungen soll die Stadt Graz im Rahmen der sogenannten „humanitären Städtepartnerschaft“ unter der Schirmherrschaft der NGO „SOS Balkanroute“ zur Bewältigung der sogenannten „Flüchtlingskrise“ am Balkan verpflichtet werden (*Appl.*)?

**Originaltext der Frage:**

*Am 9. Jänner 2022 wurde laut Berichterstattung einer österreichischen Tageszeitung bekannt, dass die Landeshauptstadt Graz gemeinsam mit Traiskirchen unter der Schirmherrschaft der NGO „SOS Balkanroute“ eine sogenannte „humanitäre Städtepartnerschaft“ ins Leben rufen wird. Formelles Ziel sei es, eine sogenannte „humanitäre Katastrophe“ an der EU-Außengrenze, nämlich im bosnischen Bihać bzw. in dem dortigen sogenannten „Flüchtlingslager“, zu verhindern.*

*In Vertretung der kommunistischen Bürgermeisterin Elke Kahr begab sich der KPÖ-Gemeinderat Horst Alic gemeinsam mit dem SPÖ-Bürgermeister von Traiskirchen, Andreas Babler, nach Bihać zum Lokalaugenschein und deutete in schemenhafter Art und Weise bereits an, dass der österreichische Steuerzahler für die Versorgung der sogenannten „Flüchtlinge“ auf dem Balkan erneut zur Kasse gebeten wird. „Wir wollen, darauf aufbauend, auch als Stadt Graz unseren Beitrag leisten“, so der KPÖ-Gemeinderat Horst Alic.*

*Angesichts der Tatsache, dass die Bewältigung der sogenannten „Flüchtlings-“ bzw. Migrationskrise ohnedies bereits über Jahre hinweg einen massiven Kostenfaktor für die österreichischen Steuerzahler darstellt, stellt die FPÖ als bürgerlich-patriotische Kraft, die den Anliegen der autochthonen Österreicher in Graz oberste Priorität einräumt, folgende*

**Frage:**

*Zu welchen konkreten Leistungen wird sich die Stadt Graz im Rahmen der sogenannten „humanitären Städtepartnerschaft“ unter der Schirmherrschaft der NGO „SOS Balkanroute“ zur Bewältigung der sogenannten „Flüchtlingskrise“ am Balkan verpflichten?*

**Bgm.<sup>in</sup> Kahr:**

Vielen Dank, für die Anfrage. Da bin ich auch sehr froh darüber, weil das leider und traurigerweise ja tatsächlich ein sehr schweres und leidvolles Thema ist. Wenn Sie von linken Koalitionen und rechten Koalitionen, oder wie auch immer, reden, in einem, wenn Sie in diese Richtung drängen möchten in diesem Thema, kann ich Ihnen ganz sicher sagen, dass die jetzige Koalition tatsächlich eine Koalition der Menschlichkeit und der Solidarität sein wird und auch immer war (*Appl.*).

Im Übrigen gilt es aber letztendlich immer ganz konkret, ohne Polemik, auf Dinge zu antworten. Aber das musste ich feststellen, Bihać ist ja leider, wie Sie alle hier wissen, spätestens nach den schrecklichen Vorkommen im Flüchtlingslager in Lipa rund um die Weihnachtstage 2020 in die Öffentlichkeit geraten und viele haben überhaupt das erste Mal von diesem Ort gewusst und erfahren, und dass das eigentlich so nah ist bei uns, näher als z.B. Kitzbühel, was viele andere Menschen in unserer Stadt kennen. Und diese humanitäre Notsituation, die sehen ja nicht nur die, die vor allem in den letzten Wochen dort waren, sondern das haben viele Menschen gesehen, und selbstverständlich ist es immer gut, neben Bildern, die man im Fernsehen sieht, sich selbst ein Bild vor Ort zu machen und genau das hat Gemeinderat Horst Alic mit vielen anderen MitstreiterInnen, die aus anderen Bundesländern dort waren, gemacht, um auch zu schauen, welche Hilfsgüter braucht die Stadt Bihać, um letztendlich den Menschen, die dort in dem Flüchtlingslager sind, zu helfen. Es sind mitgebracht worden Hilfsgüter, da reden wir immer von Sachleistungen, und alle Sachleistungen, die ganze Fahrt und alles, was damit verbunden war, ist von allen, die hier daran

teilgenommen haben, aus der eigenen Tasche bezahlt worden, das hat den Steuerzahler keinen einzigen Cent gekostet, das möchte ich nur anmerken, und dafür möchte ich mich auch ganz, ganz herzlich bedanken, weil es zeigt, dass unsere Stadt Graz als Menschenrechtsstadt Graz diesen Namen auch verdient. Konkrete Leistungen der Stadt Graz im Übrigen, Herr Gemeinderat Winter, sind immer, ich bin seit 1993 hier in diesem Haus und egal, ob das in Rumänien war, ob das in der Slowakei war, ob da Städte und Gemeinden betroffen waren, die unsere Hilfe aus humanitären Gründen benötigt haben, war Graz dankenswerterweise immer vorbildlich, und das über alle Parteigrenzen hinweg, solche Beschlüsse sind immer einstimmig gefallen und haben ausschließlich auch immer Sachleistungen in erster Linie betroffen. Und auch so ist das gemeint, wenn mein Kollege Horst Alic das in einer öffentlichen Wortmeldung gesagt hat, der Beitrag der Stadt, wenn es so sein sollte, wird eine Sachleistung sein. Im Übrigen möchte ich Sie nur darauf hinweisen, und das spricht ja auch für Ihre Fraktion, haben Sie ja selbstverständlich auch letztes Jahr einem Antrag auf eine Sachspende an den Honorarkonsul für Bosnien und Herzegowina, Herrn Dr. Jörg Hofreiter, natürlich auch zugestimmt, und das stimmt mich ja auch wieder zuversichtlich, was die Zukunft betrifft, weil auch damals am 30. Juli 2021 haben wir eine Sachspende in Form eines Sterilisationsgerät an die Stadt Bihać geleistet, und dankenswerterweise hat auch Ihre Fraktion da zugestimmt (*Appl.*).

GR Mag. **Winter:**

Meine Zusatzfrage, ganz konkret: Wird die Entscheidung, ob wir dieser humanitären Städtepartnerschaft mit Bihać beitreten, dem Gemeinderat vorgelegt, oder wird diesbezüglich der Gemeinderat übergangen? Immerhin war es auch so, dass bei der letzten Gemeinderatssitzung wir darüber entscheiden haben können, ob wir diesem internationalen Projekt, nämlich Städten an der Seite der Flüchtlinge beizutreten oder nicht.

Bgm.<sup>in</sup> **Kahr**:

Erfreulicherweise gibt es ein Statut, eine Geschäftsordnung, an die muss sich jede Fraktion in diesem Haus auch halten, insofern werden immer im Stadtsenat oder im Gemeinderat solche Entscheidungen fallen (*Appl.*).

**Vorsitzwechsel – Bgm.<sup>in</sup> Kahr übernimmt den Vorsitz (12.57 Uhr).**

#### **7.6 Frage 6: Saubere Luft in Grazer Schul- und Kinderbetreuungseinrichtungen (GR Mag. Pointner, Neos an StR Hohensinner, MBA, ÖVP)**

GR Mag. **Pointner**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen. Nach so erschütternden Themen wieder zurück nach Graz und geradezu zu vielleicht in dem Zusammenhang fast Luxusproblemen, die wir hier, so privilegiert sind, immer noch haben, aber wir wollen uns ja um Graz kümmern, und deshalb geht es mir um die saubere Luft in den Grazer Schul- und Kinderbetreuungseinrichtungen. Die ist gerade in Pandemiezeiten absolut prioritär; aus Infektionsschutzgründen, aber ausgezeichnete Luftqualität hat in Schulräumen und Kinderbetreuungseinrichtungen natürlich für den Lernerfolg absoluten Vorrang, daher sollten wir an dieses Thema nicht immer nur im Zusammenhang mit der Pandemie denken, sondern immer auch nachhaltig und zukunftsorientiert. Jetzt sind wir in der fünften Welle der Corona-Pandemie und zahlreiche technisch erforderliche Maßnahmen, die in der derzeitigen Situation hilfreich wären, sind noch nicht im erforderlichen Ausmaß umgesetzt bzw. auch nur teilweise vorbereitet. Es herrscht also ein bisschen Verunsicherung und sogar Angst unter den Schülern, Eltern und PädagogInnen, sonst würden nicht in der vergangenen Woche mehr als 100 SchulsprecherInnen einen offenen Brief verfassen, wo sie Sicherheitskonzepte mit Luftreinigern und CO<sub>2</sub>-Messgeräten in den Klassen fordern. Den Fall Voitsberg brauche ich nicht näher ausführen, auch teilweise das



unbefriedigende Vorankommen mit den PCR-Tests und des zeitgerechten Einlangens ist uns allen bekannt. Das heißt, wir, in der Politik, müssen für Vertrauen und Sicherheit sorgen und alle gebotenen technischen Möglichkeiten für eine gute Luftqualität, bestmögliche Luftqualität in den Klassen sorgen. Natürlich ist es zunächst einmal die FFP2-Masken-Pflicht und auch das mechanische Lüften, also Fenster aufmachen, aber es gibt ergänzende Lüftungskonzepte, die absolut sinnvoll sind und notwendig, z.B. sogenannte RLT-Anlagen, fest eingerichtete Anlagen, die nicht auf dem Umluftprinzip basieren, sondern auf dem Zuluftprinzip; natürlich auch mobile Luftfilteranlagen, die professionell und sorgfältig gewartet werden. Wir in Graz haben auch die allseits bekannte Feinstaubproblematik, die wird uns weiter begleiten, Hitzetage werden uns weiterbegleiten, das heißt, wir müssen auf Technik auch hinkommen, dass wir die Luftqualität in den Klassen und Kinderbetreuungseinrichtungen garantieren können, also viele positive Effekte. Daher meine

### **Frage**

an Sie, lieber Herr Stadtrat:

Garantieren Sie als für den Bildungsbereich zuständiger Stadtrat, dass unsere Kinder in den Grazer Pflichtschulen und Kinderbetreuungseinrichtungen jetzt und in Zukunft saubere Luft nach höchsten Qualitätsstandards vorfinden werden?

#### ***Originaltext der Frage:***

*Gerade in den Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen ist eine ausgezeichnete Luftqualität auch abseits der Corona-Pandemie von grundlegender Bedeutung. Sie fördert den Lernerfolg und gibt Sicherheit. Maßnahmen zur Luftreinhaltung, die in der jetzigen Phase der Pandemie primär dem Infektionsschutz dienen, können demnach auch in Zukunft für saubere Luft in den Klassenzimmern unserer Schulen sorgen.*

*Nun befinden wir uns inmitten der 5. Welle der Corona-Pandemie und müssen feststellen, dass zahlreiche erforderliche Maßnahmen, die in der derzeitigen Situation hilfreich wären, bisher nicht im erforderlichen Ausmaß bzw. nur teilweise vorbereitet wurden. Mehr als hundert SchulsprecherInnen haben erst in der vergangenen Woche auf viele Versäumnisse hingewiesen. In ihrem offenen Brief fordern sie unter anderem Sicherheitskonzepte mit Luftreinigern und CO<sub>2</sub>-Messgeräten in den Klassen.<sup>1</sup>*

*Das verstörende Bild eines Kindes in Voitsberg, das seinen Test bei winterlichen Temperaturen im Freien vor dem Klassenfenster schreibt, zeigt deutlich die verfahrenere Situation. Es ist wichtiger und dringlicher denn je, vor allem von Seiten der Politik für Vertrauen und Sicherheit zu sorgen und alle gebotenen technischen Möglichkeiten endlich einzusetzen.*

*Neben der FFP-Maskenpflicht werden für unsere Schulen ergänzende Lüftungskonzepte nach wie vor als sehr sinnvoll betrachtet, um das Infektionsrisiko insbesondere durch Aerosole in den Bildungseinrichtungen selbst zu senken. Die Umsetzung erfolgt zumeist durch fest installierte Lüftungsanlagen (RLT-Anlagen), die nicht auf dem Umluft-, sondern auf dem Zuluft-Prinzip basieren, als auch durch professionell und sorgfältig gewartete (notfalls mobile) Luftfilteranlagen.<sup>2</sup>*

*Das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung stellte im vergangenen Sommer 10 Mio. Euro zur Verfügung. Schulen, in denen das klassische Lüften nicht möglich war, konnten um diese Förderung zur Anschaffung mobiler Luftfilteranlagen ansuchen. Davor hat bereits das Bundesland Salzburg ein Förderprogramm im Umfang von 2,2 Mio. Euro initiiert, um die Salzburger Elementarbildungseinrichtungen mit Luftfiltern und CO<sub>2</sub>-Sensoren auszustatten. Laut der vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung bereitgestellten Plattform Sichere Schule – Für einen erfolgreichen Start ins Schuljahr*

---

<sup>1</sup> <https://wien.orf.at/stories/3138465/>

<sup>2</sup> <https://www.bmbwf.gv.at/Themen/schule/beratung/corona/luftreiniger.html>

wurden keine der empfohlenen Luftreinigungsgeräte in Bundesschulen im Raum Graz zum Einsatz gebracht.<sup>3</sup>

Gerade in Graz muss aber die Luftqualität aufgrund der bekannten Feinstaubproblematik und der vielen positiven Effekte auf die Leistungsbereitschaft im Unterricht den höchsten Anforderungen entsprechen. Als Schulerhalter im Grazer Pflichtschul- und Kinderbetreuungsbereich muss die Stadt Graz hier ein besonderes Augenmerk darauflegen.

Daher stelle ich gemäß § 16 a der Geschäftsordnung für den Gemeinderat folgende

**Frage:**

Garantieren Sie als für den Bildungsbereich zuständiger Stadtrat, dass unsere Kinder in den Grazer Pflichtschulen und Kinderbetreuungseinrichtungen jetzt und in Zukunft saubere Luft nach höchsten Qualitätsstandards vorfinden werden?

**StR Hohensinner:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, natürlich ist uns allen auch die Luft in unseren Klassenzimmern ganz, ganz wichtig, dazu drei Punkte. Wie bereits mehrfach in diesem Gemeinderat erwähnt, ist der Einsatz von Luftreinigungsgeräten kein Ersatz zum richtigen Lüften. Das hat nämlich den Hintergrund, je weiter so ein Luftreinigungsgerät weg steht, desto weniger rein ist die Luft. Es gibt da auch eine Studie der Technischen Hochschule Mittelhessen. Durch die Stoßöffnung aller Fenster im Klassenzimmer über einen Zeitraum von nur drei Minuten konnte nahezu die gesamte Aerosolkonzentration gesenkt werden, nämlich um 99,8 %. Also so viel zum Lüften. Die Geräte, da hat es ein Angebot auch gegeben, wie du auch geschrieben hast, seitens

---

<sup>3</sup> <https://sichereschule.at/>

des Bundesministeriums, dass 10 Mio. Euro bereitgestellt werden. Ich war auch sehr dahinter, dass dieses Angebot über die Bildungsdirektion allen Schuldirektorinnen und Schuldirektoren zugeführt wird, es war allerdings so, dass sich nur eine Schule gemeldet hat. Ich habe auch rückgefragt, warum das so ist. Viele Schulleiter haben das begründet, dass diese Luftreinigungsgeräte auch eine Lärmemission verursachen und den Unterricht stören, aber ich glaube, das muss jede Pädagogin und jeder Pädagoge dann selbst entscheiden, ob so ein Gerät dann zusätzlich zur Anwendung kommen soll. Aber zum Thema Lüftungskonzept, jede Schule in Graz, das kann ich dir versichern, hat ein Lüftungskonzept, und dieses Lüftungskonzept wird auch umgesetzt (*Appl.*).

**GR Mag. Pointner:**

Danke vielmals, das Lüften, habe ich ja gesagt, ist natürlich das Allererste, wenn man es aber wirklich regelkonform machen will, dann hat man Intervalle, die das Unterrichten auch wieder schwierig machen, also es geht wirklich um die Einrichtung von technischen Zusatzlösungen, die sehr hilfreich sein können. Ich rede ja nicht nur von mobilen Geräten, sondern von fest installierten. Und ich hätte die Zusatzfrage daher, ob an dich als Stadtrat noch niemand von der Elternschaft und von den PädagogInnen herangetreten ist und sich Verbesserungen der Luftqualität in den Klassenzimmern gewünscht hätte?

**StR Hohensinner:**

Also wir haben vor ungefähr einem halben Jahr in der Pandemie dieses Thema gehabt. Wenn das vielleicht ein Mail war. Ich kann mich nicht einmal an dieses Mail erinnern, also zur Frage, ob es da quasi Anfragen in meinem Büro gibt, kann ich nahezu ausschließen. Ich werde mit einem Büro noch einmal Rücksprache halten, ob da etwas reingekommen ist, ich sage dir das dann auch gerne. Aber ich möchte zu dem auch noch etwas anmerken, was du gesagt hast, das geht sich mit dem Unterricht nicht aus. Ich glaube, wenn man jetzt dieses Stoßlüften mit einer Bewegungseinheit verbindet,

dann ist der doppelte Nutzen da. Einerseits, dass man eine reine Luft hat und dass die Kinder sich bewegen an der frischen Luft und dann geht das Lernen auch wieder leichter.

*Zwischenruf GR Mag. **Pointner**: Im Lateinunterricht.*

**StR Hohensinner:**

Drei Minuten davor.

#### **7.7 Frage 7: Erfolgsbilanz des Impfbriefs (GR<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> Unger, ÖVP an StR Mag. Krotzer, KPÖ)**

GR<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> **Unger**:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Stadtsenatsmitglieder, liebe KollegInnen und ZuschauerInnen im Livestream. Das Thema Corona war heute schon mehrmals angesprochen, es ist eigentlich das bestimmende, was uns seit mehr als zwei Jahren beschäftigt, aus diesem Grund brauche ich, glaube ich, nicht auf die Herausforderungen und Belastungen näher einzugehen. Es spannt sich von der Bewältigung der Krise über die finanzielle langfristige Belastung ein großer Bogen der Verantwortlichen im Politik-, Wirtschafts- und sozialen Bereichen, und ein wichtiger Bereich ist natürlich auch die gesellschaftliche Spaltung, die sich angesichts der angekündigten und jetzt auch terminisierten Impfpflicht noch einmal mehr beschleunigt hat. Leider geht dieser Prozess mit Protesten einerseits, andererseits auch mit zunehmend aggressivem Verhalten, Phänomenen wie Verschwörungstheorien und leider auch politischer Effekthascherei mancher Mitbewerber einher. Etwas, was wir grundsätzlich ablehnen, weil aus unserer Sicht die

Impfung zur Bewältigung dieser Krise der wichtigste Beitrag zur Lösung ist. Es geht in diesem Zusammenhang natürlich auch um die Impfpflicht, etwas, was sehr kontroversiell diskutiert wird, natürlich auch auf städtischer Ebene. Wenngleich natürlich das Thema beim Bund groß angelegt ist, hat trotzdem die Stadt eine große Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger, die hier leben. Graz ist die zweitgrößte Stadt Österreichs und hat damit natürlich eine besonders große Verantwortung. Aus unserer Sicht ist auch besonders wichtig, dass jene, die im Gesundheitsbereich Verantwortung tragen, eben als Gesundheitsstadtrat unter anderem, dass hier eine wichtige Basis ist als Ansprechpartner, auch für Information, für die Aufklärung von Falschinformationen und auch zu einer beruhigten und gelassenen Umgangsweise mit der Krise, einfach ein Ansprechpartner vorhanden ist. Leider ist aus unserer Sicht etwas weniger als möglich passiert in der letzten Zeit, und in der letzten Gemeinderatssitzung wurde angesichts der heranrollenden Impfpflicht auch davon gesprochen, dass Stadtrat Krotzer diese Impfpflicht nicht als probates Mittel empfindet und insgesamt mit seiner Partei die Impfpflicht ablehnt, mit der Begründung, ein probates Mittel sei der Impfbrief, der damals angekündigt worden ist. In Medienberichten war dann auch zu lesen, dass seine Einschätzung gewesen sei, dieser Impfbrief könne durchaus bis zu zwei Drittel der Impfskeptiker, -gegner oder zögerlichen Personen, die noch im Schwanken sind, davon überzeugen, dass die Impfung einfach das probate Mittel ist. Wir begrüßen grundsätzlich jedes Mittel, das einen Teil der Lösung betragen kann, und jedes Argument, das für eine Impfung ist, ist aus unserer Sicht ein ganz wichtiger Beitrag, um eine Ende der Pandemie auch herbeizuführen. Aus diesem Grund möchte ich eine

### **Frage**

an Sie, Herr Stadtrat Krotzer, stellen:

Wie ist die Wirkung Ihrer Maßnahme „Impfbrief“ anhand der Anzahl der dadurch zu einer Impfung bewegten Menschen in Zahlen zu bewerten bzw. warum haben Sie

diese Maßnahme nicht schon viel früher und besser aufgesetzt, wenn Sie von der Wirkung so überzeugt sind (Appl.)?

**Originaltext der Frage:**

*Die Corona-Pandemie beschäftigt die Menschen weltweit seit knapp zwei Jahren, die Herausforderungen auch in Österreich und Graz sind hinlänglich bekannt. Politische EntscheidungsträgerInnen und VerantwortungsträgerInnen in Verwaltung und anderen Organisationseinheiten sind gefordert, die Krise, die Bewältigung der langfristigen finanziellen Belastung und nicht zuletzt die immer größer scheinende gesellschaftliche Spaltung angesichts der Einschätzung von Corona und probaten Gegenmitteln zu managen. Die wichtigste Maßnahme ist aktuell die Impfpflicht, deren Ankündigung schon seit vielen Wochen Protest hervorruft, obwohl angesichts der Omikron-Entwicklungen und enorm steigenden Zahlen diese wissenschaftsbasierte Maßnahme ein willkommenes Angebot sein sollte. Dieser Protest ist bedauerlicherweise zu einem erheblichen Teil von Aggression, Unsachlichkeit, Verschwörungstheorien und – besonders bedenklich – politischer Effekthascherei mancher Parteien geprägt, was aus unserer Sicht strikt abgelehnt werden muss.*

*Als zweitgrößte Stadt Österreichs trägt Graz große Verantwortung in der Krise, die Stadtpolitik hat unserer Meinung nach die Verpflichtung, die Impfung als wichtigsten Teil der Lösung zu kommunizieren. Für die meisten ist deshalb auch die Impfpflicht ein selbstverständliches Instrument zur solidarischen Lösung beizutragen. Das für den Gesundheitsbereich zuständige Stadtsenatsmitglied hat die besondere Verpflichtung, für die GrazerInnen die bestmögliche Aufklärung und verständliche Information dazu bereitzustellen, weil nicht nur der Bund in der Pflicht ist, sondern vor Ort die Grazer Bevölkerung bei der Bewältigung der Krise im Sinne von seriöser Information, Aufklärung von Falschinformation und Entscheidungshilfe unterstützt werden muss. Leider ist hier wenig passiert. In der letzten Gemeinderatssitzung hat StR Krotzer auch noch im Namen seiner Partei die Impfpflicht abgelehnt, stattdessen angekündigt, mit*

*einem Impfbrief Menschen die Impfung nahelegen. In Zeitungsberichten (u.a. online Kleine Zeitung, 6.12.2021) sagte er, zwei Drittel der ImpfgegnerInnen seien mit einem solchen Brief zu überzeugen. Wir begrüßen jedes Mittel, das Menschen von der Notwendigkeit einer Impfung überzeugt, also auch den Impfbrief, der allerdings laut unseren Nachfragen viele Menschen nicht erreicht haben dürfte.*

*Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Gesundheitsstadtrat, folgende*

**Frage:**

*Wie ist die Wirkung Ihrer Maßnahme „Impfbrief“ anhand der Anzahl der dadurch zu einer Impfung bewegten Menschen in Zahlen zu bewerten bzw. warum haben Sie diese Maßnahme nicht schon viel früher und besser aufgesetzt, wenn Sie von der Wirkung so überzeugt sind?*

StR Mag. **Krotzer:**

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, vielen Dank für die Frage, vorweg. Sie haben es schon angesprochen, die Bekämpfung der Pandemie hat uns mittlerweile seit über zwei Jahren oder seit annähernd zwei Jahren fest im Griff. Sie findet in der Stadt Graz in enger Abstimmung mit dem Gesundheitsamt, mit dem Corona-Krisenstab, mit der Magistratsdirektion, vormals mit Bürgermeister Nagl und jetzt mit Bürgermeisterin Elke Kahr, statt. Wir treten dieser größten Gesundheitskrise seit Jahrzehnten wissenschaftsbasiert entgegen und bemühen uns dabei zugleich auch, die deutlich spürbaren Spaltungstendenzen in unserer Gesellschaft zu überwinden. Ich darf an der Stelle ein großes Dankeschön allen Mitwirkenden einmal mehr aussprechen. Ich darf auch feststellen, dass die Unterstützung in allen damit zusammenhängenden Fragen auch in der Vergangenheit unter dem früheren Bürgermeister Nagl jedenfalls gegeben war, dass hier auch die Zusammenarbeit gut funktioniert hat und das Ganze auch ohne politisches Geplänkel in diesem Zusammenhang. Damit auch ganz konkret zur Frage



nach dem Impfbrief. Da muss ich noch einmal klarstellen dessen, was ich in der Sitzung im Dezember gesagt habe. Ich habe den Impfbrief damals ja auch hergezeigt und auch festgestellt, dass er verschickt wurde, und zwar vom Gesundheitsministerium und dem Dachverband der Sozialversicherungsträger, denen als einzigen ja auch die Daten zur Verfügung stehen. Die haben wir ja als Gesundheitsamt in der Form gar nicht, und diese Termine sind verschickt worden für die Impfstraße, eben z.B. auch hier am Messegelände, und diese wiederum werden vom Land Steiermark betrieben, da müssen Sie dann die Gesundheitslandesrätin fragen, wie konkret diese Auswirkungen gewesen sind. Warum dieser Impfbrief nicht wie in anderen Ländern, wie beispielsweise Portugal oder Spanien, schon im Sommer verschickt worden ist, sondern das erst im Dezember 2021 passiert ist, das ist eine Frage, die an die Bundesregierung zu richten ist. Wir haben in der Stadt Graz sehr früh sehr viele Maßnahmen gesetzt, von Impfaufklärungen bis hin zu Impfterminen und all das machen wir nach wie vor, also wir organisieren auch in diesen Tagen sehr viele Impfkationen gemeinsam mit dem Land Steiermark, mit dem Impfbus, und alle diese Maßnahmen werden begleitet davon, dass wir pro Termin, und das sind sehr viele Termine, auch in die umliegenden Haushalte jeweils 3.000 Flugblätter verschicken als Postwurfsendung, damit die Menschen wissen, dann und dann ist am Andritzer Hauptplatz oder dann und dann ist am Hofbauerplatz etc. die Impfung und diese Maßnahme wird sehr gut angenommen, also haben diese Termine, die wir seitens des Gesundheitsamtes separat zu allen Impfstraßen die vom Land Steiermark organisiert haben, bisher 1.200 Menschen wahrgenommen, und sie werden fortgesetzt, auch heute, auch morgen und in den folgenden Wochen werden wir das weiter machen (Appl.).

GR<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> **Unger**:

Danke, für die Antwort. Ich glaube, dass manche sich darunter, aber auch ich, bei der letzten Sitzung erwartet haben, dass tatsächlich noch eine starke Initiative seitens der Stadt in dem Bereich kommen wird, also danke für die Aufklärung einmal dieses

Sachverhaltes. Meine Zusatzfrage richtet sich mit Blick auf das nahende Datum der Einführung der Impfpflicht auch darauf, ob es noch Maßnahmen gibt, die von Ihrer Seite gesetzt werden, die gerade jetzt in einer Zeit, die wahrscheinlich zunehmend auch von Nervosität, vielleicht auch von Aggression, von Protesten aller Art geprägt sein wird, in irgendeiner Form zur Kalmierung und zur weiteren Steigerung der Impfrate beitragen können?

StR Mag. **Krotzer:**

Darf ich ganz konkret sagen, also um das noch einmal zu sagen, 65.000 Informationsblätter an Haushalte sind über das Gesundheitsamt schon verschickt worden, ein großes Dankeschön dafür auch an den Post-, Druck- und Kopierservice der Stadt Graz, dem Straßenamt, das uns bei den Platzreservierungen unterstützt hat und natürlich dem Gesundheitsamt, ohne deren Unterstützung wäre das nicht möglich gewesen. Es setzt sich eben fort, deshalb für die weiteren Termine wird es weitere 20.000 Informationsblätter an Haushalte zu ganz konkreten Impfterminen geben. Ich darf noch einmal auch darauf verweisen, dass wir in den letzten Monaten vor der Grazer Gemeinderatswahl vielfach vermisst haben auch in den städtischen Medien entsprechende Informationen. Wir haben das jetzt, glaube ich, auch versucht, so gut wie möglich zu ergänzen, auch dass in der BürgerInneninformation Graz diese Information jetzt auch gut sichtbar zu finden ist und wir werden natürlich eine ganze Reihe an weiteren Maßnahmen setzen. Darf auch sagen, dass wir als Stadt Graz die Landeshauptstadt mit der zweithöchsten Impfquote österreichweit sind, manches hat sozusagen mit der Überzeugung unserer Grazerinnen und Grazer zu tun, manches hat aber auch mit unseren vielfältigen Bemühungen zu tun und in diesem Sinne werden wir weiterwirken und sind auch nicht damit zufrieden, dass wir die zweihöchste Impfquote haben, sondern die gilt es weiter zu steigern. Die Herausforderung ist groß, das ist überhaupt keine Frage, aber Sie können versichert sein, dass wir hier weiterhin sehr viele Initiativen setzen werden. Und, um das vielleicht auch noch zu sagen, wir sind, also gerade auch mein Büro, vielfältig auch da für Fragen von Grazerinnen und

Grazern, die sich dann ja auch auf die Postwurfsendungen melden mit konkreten Fragen, oft auch mit einer gewissen Skepsis gegenüber der Impfung, oder auch Menschen, die sprachliche Barrieren etc. haben, die bei uns, also bei uns läuten die Telefone sehr vielfach, und wir nehmen uns auch sehr viel Zeit, um mit den Menschen auch diese Fragen, diese Skepsis, diese Ängste, die bestehen, zu klären und in vielen Gesprächen ist es uns auch gelungen, diese Ängste zu nehmen. Und ich kann von meiner Seite her noch einmal sagen, ich halte das auch gesamtpolitisch für den besseren Weg als das Ganze mittels Verpflichtung zu machen, so viel sei mir als politische Einschätzung dazu erlaubt. Dankeschön (*Appl.*).

**7.8 Frage 8: Fortbestand Meisterprämie  
(GR Günter Wagner, FPÖ an StR Dr. Riegler, ÖVP)**

GR Günter **Wagner**:

Hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen. In meiner Frage geht es eben um den Fortbestand der sogenannten Meisterprämie. Diese Prämie ist im Jahr 2019 ins Leben gerufen worden und ist für das Jahr 2021 verlängert worden. Dabei hat das Land Steiermark den Absolventen einer Meister- oder Befähigungsprüfung eine Prämie von 1.000 Euro zur Verfügung gestellt, und für hauptwohnsitzgemeldete Personen aus der Stadt Graz hat die Stadt Graz 500 Euro davon übernommen. Und gerade im Hinblick auf den Fachkräftemangel, der vorherrscht, ist diese Prämie ein Zeichen der Wertschätzung und kann auch die Jugend dazu motivieren und dafür begeistern, eben den Weg in eine Fachausbildung einzuschlagen. Die Gleichstellung von beruflicher und schulischer Ausbildung ist hier ein ganz wichtiger Aspekt in dieser Sache und gibt uns dann auch die Möglichkeit und die Chance, die Fachkräfte auszubilden, die unsere Wirtschaft auch momentan so dringend braucht. Für das Jahr 2022 scheint offenbar diese Meisterprämie weder vom Land Steiermark noch von der Stadt Graz vorgesehen zu sein. Und aus diesem Grund ergeht an dich, werter Herr Stadtrat, folgende

**Frage:**

Hast du als zuständiges Stadtsenatsmitglied bereits Gespräche mit den zuständigen Stellen des Landes Steiermark und der Stadt Graz geführt, damit eine Fortführung der „Meisterprämie“ politisch und finanziell sichergestellt ist (Appl.)?

**Originaltext der Frage:**

*Im Jahr 2019 wurde die sogenannte „Meisterprämie“ befristet ins Leben gerufen und für das Jahr 2021 verlängert. Das Land Steiermark stellte allen Absolventen einer Meister – oder Befähigungsprüfung eine Prämie in der Höhe von 1.000 Euro zur Verfügung. Bei Personen mit Hauptwohnsitz in Graz übernahm die Stadt Graz 500.*

*Gerade im Hinblick auf den Fachkräftemangel stellt diese Prämie ein Zeichen der Wertschätzung dar und kann auch die Jugend motivieren, den Weg einer Fachausbildung einzuschlagen. Die Gleichstellung von beruflicher und schulischer Ausbildung ist dabei ein wesentlicher Aspekt, um wichtige Fachkräfte und wirtschaftliche Leistungsträger auszubilden, die unsere Wirtschaft dringend benötigt. Für das Jahr 2022 ist die Meisterprämie offenbar weder vom Land Steiermark noch von der Stadt Graz vorgesehen.*

*Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende*

**Frage:**

*Haben Sie als zuständiges Stadtsenatsmitglied bereits Gespräche mit den zuständigen Stellen des Landes Steiermark und der Stadt Graz geführt, damit eine Fortführung der „Meisterprämie“ politisch und finanziell sichergestellt ist?*

StR Dr. **Riegler:**

Lieber Herr Gemeinderat Wagner, danke für die Frage, denn selbstverständlich habe ich natürlich gleich zu Beginn der Amtsübernahme als Wirtschafts- und Tourismusstadtrat Gespräche nicht nur mit der Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung, sondern auch natürlich mit der Landesrätin Eibinger-Miedl geführt, und dabei wurde auch gleich einmal der Nichtfortbestand der Meisterprämie in der bisherigen Form diskutiert, denn die Frau Landesrätin Eibinger-Miedl hat mich darüber unterrichtet, aus Abwägungsgründen diese einmalige, einjährige Förderung, die es von Land Steiermark und Stadt Graz gegeben hat, abzuändern. Eine genaue Änderung, ein neuer Entwurf ist sozusagen noch in Arbeit und wird sicherlich bekanntgegeben. Ich möchte die Gelegenheit aber auch gleich nutzen, um darauf hinzuweisen, dass Sie natürlich vollkommen Recht haben. Bei meiner Wirtschaftstour, die ich mache, ich besuche ja jede Woche so drei bis fünf Unternehmen, ist tatsächlich der Fachkräftemangel eigentlich das bestimmende Thema, das wird so gut wie immer genannt, der Hintergrund ist, und das wissen wir alle, der demografische Wandel, die geburtenschwachen Jahrgänge. Wir haben in den letzten Jahren jedes Jahr locker um die 1.000 Maturanten pro Jahr verloren gegenüber dem jeweiligen Vorjahr, was einfach aufgrund der geburtenschwachen Jahrgänge der Fall ist. Es gibt daher, wenn man so will, ein Crowding-out zwischen Fachhochschulen, Lehrstellen, HTLs und Technischen Universitäten, und ich kann diese Gelegenheit hier in der Fragestunde nur dazu nutzen, dazu zu appellieren, dass man einerseits durchaus auch einen qualifizierten Zuzug von Fachkräften aus dem Ausland zulässt, da gibt es bereits erfolgreiche Beispiele auch aus Spanien, auch aus anderen Ländern. Zweitens, dass man tatsächlich natürlich auch weiterhin an der Bewerbung der Ausbildung und Bildungschancen arbeitet und dass wir vor allem auch insgesamt ein wirtschaftsfreundliches Klima schaffen, dass wir also in Graz keines Falles Verstaatlichungen und Enteignungen von kapitalistischen Unternehmen ankündigen oder Verkehrsprojekte absagen, sondern dass wir eben ein wirtschafts- und unternehmerfreundliches Klima schaffen (*Appl.*).

GR Günter **Wagner**:

Herzlichen Dank für die ausführliche Antwort. Und ja, ich bin davon ausgegangen, dass du auf deiner Wirtschaftstour, die ich ein bisschen mitverfolgt habe, natürlich von jedem genau diese Dinge hörst, die ich auch immer wieder in den Betrieben zu hören bekomme und dass das Problem allseits bekannt ist. Wichtig ist natürlich, dafür eine passende Lösung zu finden. Meine Frage wäre jetzt: Wirst du dich auch dafür einsetzen, dass es nicht wieder eine befristete Lösung, sondern eine langfristige Lösung geben wird, um da einfach eine Sicherheit über einen längeren Zeitraum zu schaffen (*Appl.*)?

StR Dr. **Riegler**:

Ja (*Appl.*).

**Ende Fragestunde: 13.20 Uhr**